

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## Institut für Konjunkturforschung

# WOCHENBERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 29. September 1967

Nummer 39

### Auswirkungen der beiden Konjunkturprogramme auf die einzelnen Wirtschaftszweige

*Der Umfang der konjunkturpolitischen Maßnahmen des Staates ist bekannt: Dem ersten Konjunkturprogramm von 2,5 Mrd. DM folgte das zweite mit 5,3 Mrd. DM. Weniger bekannt ist die sektorale Ausgabenstruktur, mithin der unmittelbare Verbleib der zusätzlichen Mittel. Unvollständig beantwortet ist außerdem bislang die Frage nach den Sekundäreffekten: Welche Branchen werden indirekt von der zusätzlichen Nachfrage berührt und in welchem Ausmaß profitieren sie davon? Bei ihrer Beantwortung kann die Input-Output-Analyse wertvolle Hilfe leisten.*

Die Input-Output-Tabelle und die aufgrund der direkten Input-Koeffizienten gebildete Inverse gestatten es, nicht nur die von einer wirtschaftspolitischen Maßnahme ausgehenden unmittelbaren, sondern darüber hinaus auch die mittelbaren Wirkungen zu quantifizieren. So kann beispielsweise festgestellt werden, wie sich eine erhöhte staatliche Nachfrage nach Bauleistungen sowohl auf die Produktion des Baugewerbes als auch auf die Erzeugung aller anderen Wirtschaftszweige auswirkt, die direkt oder indirekt von der gestiegenen Baunachfrage profitieren. Zu den direkten Wirkungen gehören im vorliegenden Fall die Lieferungen des Baugewerbes selbst, sowie dessen Bezüge von der Industrie der Steine und Erden, den Sägewerken usw. als den unmittelbaren Vorlieferanten; zu den indirekten Wirkungen zählen die unmittelbaren und mittelbaren Bezüge der Industrie der Steine und Erden, der Sägewerke usw. von deren jeweiligen Zulieferanten, also etwa vom Kohlenbergbau oder der Forstwirtschaft. Die indirekten und die die primären Ausgaben übersteigenden direkten Wirkungen werden als Sekundäreffekte bezeichnet.

#### Primäre Ausgabenstruktur der Investitions Haushalte<sup>1</sup>

Eine entsprechende Berechnung der Auswirkungen beider Konjunkturprogramme ist mit Hilfe der im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erstellten Input-Output-Tabellen durchgeführt worden. Dafür sind zunächst die Ausgaben der beiden Investitions Haushalte jenen Wirtschaftszweigen zugeordnet worden, die die zusätzlichen staatlichen

Aufträge erhalten. Schon bei dieser Aufteilung — die trotz der rechnerischen Exaktheit nur Größenordnungen sichtbar machen soll — zeigt sich die unterschiedliche Verwendungsstruktur der beiden Konjunkturprogramme. Durch die Verlagerung des Schwerpunktes zur Bauwirtschaft, insbesondere durch die Förderung der Wohnungsbautätigkeit und die Programme zur Modernisierung von Altwohngebäuden sowie durch zusätzliche Investitionen im Bereich der Gemeinden hat sich der Anteil des Baugewerbes am gesamten Auftragsvolumen

Finanzierung des 2. Konjunkturprogramms  
in Mill. DM

	Bund	Länder	Länder und Gemein- den	alle Ge- biets- körper- schaften
1. Zusätzlicher Investitionshaushalt (Fortsetzung des 1. Konjunkturprogramms) . . . . .	850	430		1280
darunter Gemeinschaftsprojekte . . . . .	235	430		665
2. Weitere Investitionsmaßnahmen (beim Bund zusätzliche Bindungs- ermächtigungen) . . . . .	822	226		1048
darunter Gemeinschaftsprojekte . . . . .	396	226		622
3. Förderung des Baues neuer Wohnungen und Modernisierung von Altwohngebäuden (Zinszuschüsse und Darlehen) . . . . .	300	360		660
4. Zusätzliche Investitionen im Bereich der Gemeinden . . . . .	500		1500	2000
5. Umstellungs- und Rationalisie- rungshilfen für Unternehmen in „Strukturgebieten“, an denen der Bund maßgebend beteiligt ist (Zinsbegünstigte Kredite) . . . . .	300			300
Gesamtprogramm . . . . .	2772	1016	1500	5288

Quelle: Zweites Programm der Bundesregierung für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68.

<sup>1</sup> Vgl. Spalten 1, 5, 9 u. 13 der Hauptübersicht.

von rund 60 vH im ersten auf 82 vH im zweiten Programm erhöht. Der Anteil der den Investitionsgüterindustrien primär zufließenden Ausgaben ist dagegen von 34 vH auf 16 vH zurückgegangen, obwohl der absolute Betrag mit etwa 860 Mill. DM unverändert geblieben ist. Das ist darauf zurückzuführen, daß der starke Rückgang des Anteils von Bundesbahn und Bundespost von 50 vH am ersten Programm auf nur noch 2 vH im zweiten Programm durch die Umstellungs- und Rationalisierungshilfen für Unternehmen in „Strukturgebieten“ kompensiert wurde, an denen der Bund maßgebend beteiligt ist (rund 300 Mill. DM).

### Gesamte Auswirkungen<sup>2</sup>

Bei der Analyse konnte nicht berücksichtigt werden, daß bestimmte Zuschüsse und Darlehen nur gewährt und nachfragewirksam werden, wenn von privater Seite aus komplementäre Mittel zur Verfügung stehen. Auch die möglicherweise induzierten Reaktionen der privaten Wirtschaft, die in einer Belebung der Investitionstätigkeit (Akzeleratoreffekt) und in einer Erhöhung der privaten Konsumausgaben (Multiplikatoreffekt) zum Ausdruck kommen könnten, sind in die Rechnung nicht einbezogen worden.

Es wurden also nur die von der primären Auftragsvergabe ausgehenden Produktionseffekte auf die vorgelagerten Bereiche ermittelt. Auch diese mit Hilfe der Input-Output-Analyse gewonnenen Ergebnisse sind nur als Größenordnungen zu interpretieren. Sie zeigen, daß die 2,5 Mrd. DM des ersten Konjunkturprogramms einen Bruttoproduktionswert von knapp 4,6 Mrd. DM und die 5,3 Mrd. DM des zweiten Programms einen Bruttoproduktionswert von knapp 9,5 Mrd. DM ergeben. Die Quotienten, die die gesamten Effekte messen, betragen 1,83 bzw. 1,79; d. h. 83 bzw. 79 vH der primären Ausgaben werden zusätzlich für Vorlieferungen ausgegeben. Der Anteil der auf das Baugewerbe entfallenden Produktion ist dabei von 34 vH im ersten Programm auf insgesamt 47 vH gestiegen. Die Investitionsgüterindustrien erhielten beim ersten Konjunkturprogramm noch ein gutes Viertel (1,18 Mrd. DM) der insgesamt ausgelösten Nachfrage, beim zweiten Programm nur noch 14 vH (1,35 Mrd. DM). Davon entfällt auf die Elektrotechnische Industrie bei beiden Konjunkturprogrammen jeweils etwa die Hälfte. Da die Beteiligung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien am gesamten Produktionszuwachs ebenfalls leicht zurückgeht (von etwa 20 vH auf 18 vH), ergibt sich für die gesamte Industrie, die an den Auswirkungen des ersten Investitionshaushalts noch mit ungefähr der Hälfte partizipierte, im zweiten Programm ein Anteilrückgang auf 37 vH.

Da die sekundären Produktionseffekte bei den Investitionsgüterindustrien besonders hoch sind, hätte durch das zweite Programm rechnerisch eine höhere Wirkung erzielt werden können, wenn das Volumen von 5,3 Mrd. DM entsprechend der

Struktur des ersten Konjunkturprogramms verwendet worden wäre. Diese Effekte, wie sie sich aufgrund der Inversen für alle Wirtschaftsbereiche berechnen lassen, liegen beim Luftfahrzeugbau, Straßenfahrzeugbau, Schiffbau, Stahlbau und bei der Stahlverformung über 2,0, aber auch der Maschinenbau liegt mit 1,98, die EBM-Industrie mit 1,92 und die Elektrotechnische Industrie mit 1,86 relativ hoch. Die Bauwirtschaft erzielt dagegen nur eine Quote von 1,76, verursacht also bedeutend weniger sekundäre Nachfrage als die Investitionsgüterindustrien. Allerdings ist ihr Einfuhrbedarf sehr gering, was der inländischen Nachfrage wieder zugute kommt. Eine an diesen Koeffizienten orientierte Auftragsvergabe setzt jedoch voraus, daß bei der öffentlichen Hand einschließlich Bahn und Post weitere hohe Auftragsreserven im Ausrüstungsbereich verfügbar sind.

### Geringe zusätzliche Beanspruchung der Kapazitäten<sup>3</sup>

Um die Beanspruchung der vorhandenen Kapazitäten der Industrie durch die beiden Konjunkturprogramme ermitteln zu können, sind die Kapazitäten für das Jahr 1967 mit Hilfe der industriellen Vermögensrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung auf der Preisbasis 1967 geschätzt worden. Zu den Kapazitäten der einzelnen Industriezweige wurden die berechneten Bruttoproduktionszuwächse in Beziehung gesetzt. Dabei zeigt sich, daß das erste Konjunkturprogramm die gesamten industriellen Kapazitäten nur mit 0,5 vH und auch das zweite Programm sie erst mit 0,8 vH beansprucht.

Für den ersten Investitionshaushalt beträgt die zusätzliche Kapazitätsbeanspruchung beim Bergbau, den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie den Investitionsgüterindustrien jeweils 0,7 vH. Die größten Auslastungseffekte ergeben sich für die Industrie der Steine und Erden (2,0 vH), den Luftfahrzeugbau (1,7 vH), die Elektrotechnische Industrie (1,6 vH) sowie die Sägewerke und den Stahlbau (jeweils 1,5 vH). Für den zweiten Investitionshaushalt beträgt die zusätzliche Auslastung beim Bergbau 1,4 vH, bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien 1,3 vH und bei den Investitionsgüterindustrien nur 0,8 vH. Der höchste Auslastungsgewinn zeigt sich wieder bei der Industrie der Steine und Erden (4,2 vH), aber auch bei den Sägewerken liegt er mit 3,2 vH recht hoch. Von den Industriezweigen, die am ersten Investitionshaushalt relativ stark profitieren, fällt der Luftfahrzeugbau aus, dafür kommen die Bereiche Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, übriger Bergbau sowie Feinmechanik und Optik hinzu.

Die Auswirkungen der Investitionshaushalte auf die Kapazitätsentwicklung des Baugewerbes wurden in Anlehnung an die vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung erfragten Auslastungsziffern berechnet. Dabei wurde unterstellt, daß nur etwa 80 vH der betriebsüblichen Vollauslastung kurz-

<sup>2</sup> Vgl. Spalten 2, 6, 10 u. 14 der Hauptübersicht.  
<sup>3</sup> Vgl. Spalten 17 und 18 der Hauptübersicht.

zusätzlicher Arbeitstage nochmals beträchtlich (— 2,8 vH) reduziert.

### Beschäftigung

Die schon im Vorbericht geäußerte Befürchtung bestätigte sich vollauf: Nach Schätzungen des DIW ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Durchschnitt des zweiten Quartals um fast eine Million (970 000) unter den vergleichbaren Vorjahrsstand gesunken. Inzwischen hat sich allerdings die Lage am Arbeitsmarkt nicht weiter verschlechtert. Wenn auch die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften immer noch äußerst gering ist, so werden gegenwärtig doch weniger Entlassungen als vor wenigen Monaten vorgenommen.

Ein vergleichsweise günstiges Bild vermittelt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Nachdem das saisonale Beschäftigungstief schon Ende Februar überwunden worden war, hat der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit Fortschritte gemacht: Waren Ende März noch 435 000 Arbeitnehmer mehr als im Vorjahr ohne Beschäftigung, so hat sich die entsprechende Zahl bis Ende August sukzessive auf 253 000 verringert.

Diese Daten können jedoch nicht als Indikator der allgemeinen Beschäftigungslage gelten. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Monaten kleiner geworden, dafür jedoch das (kurzfristig) verfügbare Arbeitskräftepotential um so mehr geschrumpft. Die für Ende Juni 1967 vorliegenden Ergebnisse über die Zahl der beschäftigten Ausländer bestätigen, daß gerade diese Beschäftigtengruppe von der Abschwächung der Konjunktur am heftigsten betroffen wurde. Der im vergangenen Herbst eingeleitete Rückstrom der Gastarbeiter in ihre Heimatländer hält unvermindert an. Nach vorläufigen Schätzungen ist der gegenwärtige Rückgang im Jahresvergleich auf über 300 000 zu beziffern.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der äußerst starke Rückgang des inländischen Arbeitskräftepotentials, der seit 1966 von Quartal zu Quartal an Bedeutung gewonnen hat. In steigendem Umfang scheiden neben der altersstrukturbedingten Abnahme Arbeitskräfte auch aus konjunkturellen Gründen aus dem Kreis der Erwerbsspersonen aus. Hinzu kommt, daß im Berichtsquartal im Zusammenhang mit der Schulreform weniger Jugendliche als im Vorjahr ins Erwerbsleben eintraten. Die Kontraktion des Arbeitsvolumens ist sicherlich nicht weniger bedenklich als das gegenüber dem Vorjahr erhöhte Niveau der Arbeitslosigkeit: Arbeitskräfte gehen entweder endgültig verloren oder können nur (wie etwa bei den Gastarbeitern) unter erheblichen Schwierigkeiten kurzfristig wieder mobilisiert werden.

Die Beschäftigung ist nun in fast allen Bereichen rückläufig; nur im öffentlichen Dienst und vereinzelt in einigen privaten Dienstleistungsbereichen errechnen sich noch geringe positive Jahreszuwachsrate. Der Beschäftigtenabbau in der Industrie hat sich im zweiten Quartal sogar noch verschärft und war ins-

besondere von März zu April ausgeprägt. Dafür dürfte der schon erwähnte geringe Zugang an Schulentlassenen sicherlich mitverantwortlich sein. Wenn auch wenig dafür spricht, daß die Industriebeschäftigung bald wieder zunimmt, so ist doch davon auszugehen, daß weitere Entlassungen nun seltener vorkommen werden; allenfalls wird ein gewisser Rückgang durch Nichtbesetzung freier werdender Arbeitsplätze bewirkt werden.

Die ungünstige Entwicklung zeigt sich in allen Zweigen der Industrie. Wie zu erwarten, war die Reduzierung der Beschäftigung im Bergbau (Ende Juni im Vorjahresvergleich — 13,6 vH) am stärksten, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (— 3,0 vH) aber relativ schwach. Bedenklich ist, daß selbst in einer Wachstumsindustrie wie der Chemie (— 1,6 vH) der Beschäftigtenstand eingeschränkt wurde.

Die zwar leicht gestiegenen, aber immer noch ungenügenden Auftragsbestände in der Bauwirtschaft haben im zweiten Quartal zu einer radikalen Anpassung der Beschäftigung an die nachlassende Bautätigkeit geführt. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe ist dabei noch stärker als die Zahl der Beschäftigten eingeschränkt worden, die durchschnittliche Arbeitszeit wurde also reduziert. Wiederum wurde das Ausbaugewerbe nicht so einschneidend von der Rezession betroffen.

Die häufig vertretene Auffassung, Entlassungen im produzierenden Bereich (auch im Handwerk) würden wenigstens zu einer besseren Befriedigung des Arbeitskräftebedarfs der tertiären Bereiche führen, wird durch die tatsächliche Entwicklung nicht bestätigt. Nach der ersten Anpassungsphase — ausscheidende Beschäftigte werden nicht mehr ersetzt — werden nun auch Entlassungen im Handel (Rückgang gegenüber dem Vorjahr — 1,2 vH) vorgenommen. Im Gaststättenwesen und im Dienstleistungshandwerk ist der Beschäftigtenstand des Vorjahres erstmals nicht mehr überschritten worden. Der öffentliche Dienst weist zwar im Jahresvergleich noch die höchste Zuwachsrate auf; in vielen Verwaltungszweigen (Ausnahme: Gesundheitswesen und Bildung) werden jedoch keine Einstellungen mehr vorgenommen.

Das Risiko der Entlassung wird in der jetzigen Phase verstärkter Anpassung der Beschäftigung an die Nachfrage nicht mehr ausschließlich von Lohnempfängern getragen. Der Rückgang der Zahl der

Veränderung von Beschäftigung, Bruttolöhnen und -gehältern und Durchschnittseinkommen  
in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1966				1967			
	I	II	III	IV	I	II	III <sup>1)</sup>	IV <sup>1)</sup>
Beschäftigung . . . . .	0,9	0,3	-0,1	-1,2	-3,0	-4,4	-4,5	-4
Bruttolöhne u. -gehälter	9,5	7,8	7,1	5,3	1,7	-1,1	-2,5	-2,5
Durchschnittseinkommen . . . . .	8,6	7,4	7,3	6,5	4,9	3,5	2	1,5

<sup>1)</sup> Schätzung

Arbeiter, insbesondere der männlichen (— 8,6 vH), war zwar weiterhin außerordentlich hoch. Doch hat sich nun auch die Situation für die Angestellten verschlechtert, deren Zahl im Jahresvergleich erstmals (— 0,5 vH) zurückging.

### Durchschnittliche Einkommen

Konnte im Vorbericht noch darauf hingewiesen werden, daß die durchschnittliche Jahreszuwachsrate der effektiven Einkommen je Beschäftigten angesichts der Konjunkturfalte noch relativ hoch war, so hat sich jetzt das Bild deutlich gewandelt. Der Saisonantrieb im Frühjahr ist insbesondere im produzierenden Gewerbe völlig ausgeblieben. Die ausgewiesene Gesamtjahreszuwachsrate (+ 3,5 vH) ist nur unter Vorbehalt zu interpretieren: Waren seit dem Herbst 1966 nur noch unwesentliche Lohnsteigerungen festzustellen, so sind nun, schaltet man die saisonale Entwicklung aus, vor allem die Durchschnittseinkommen der Lohnempfänger vom ersten zum zweiten Quartal 1967 deutlich gesunken.

Sondereinflüssen ist es zu verdanken, daß der gesamtwirtschaftlich registrierte Abschwung nicht noch stärker ausgefallen ist. So waren insbesondere im öffentlichen Dienst (einschließlich der nach öffentlichem Tarif bezahlten Arbeitnehmer des Verkehrs- und Energiebereichs) erhebliche Einkommenserhöhungen (+ 8,1 vH) festzustellen. Es dürfte sich hierbei vor allem um „strukturverbessernde“ Maßnahmen handeln, insbesondere eine Höherbewertung bestimmter Tätigkeiten bzw. Arbeitsplätze. Läßt man diese alle anderen Bereiche wesentlich übersteigenden Einkommenserhöhungen der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen außer acht, so belief sich die Jahreszuwachsrate der Durchschnittseinkommen lediglich auf 2,1 vH.

Außerhalb des öffentlichen Dienstes waren trotz der allgemeinen Abschwächung die Lohn- und Gehaltssteigerungen ebenfalls immer noch recht unterschiedlich. So wurden in der Grundstoff- und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie noch Verdiensterhöhungen von 5 vH erzielt. Andererseits vermochten die Beschäftigten im Bergbau und in der Investitionsgüterindustrie ihre Verdienste kaum noch zu erhöhen. Die stärksten Einkommensausfälle waren bei den Arbeitnehmern des Baugewerbes (— 1,9 vH) festzustellen. Hier mußte sogar ein Rückgang der effektiven Stundenverdienste registriert werden.

Zwischen den einzelnen Arbeitnehmergruppen hat sich die schon in den Vorquartalen sehr deutliche Wachstumsdifferenzierung noch stärker ausgeprägt. Insbesondere ist in den letzten Monaten die Einkommensentwicklung für die Lohnempfänger un-

günstig verlaufen. Die männlichen Arbeiter haben im Jahresvergleich nur noch eine ganz geringe Verdienstzunahme (+ 1,3 vH) zu erreichen vermocht: sowohl im Bergbau (— 0,3 vH) als auch in der Bauwirtschaft (— 1,8 vH) mußten absolute Einkommensverluste hingenommen werden. Davon hebt sich die Einkommensentwicklung der Angestellten (+ 4,5 vH) recht deutlich ab. Die Beamten haben schließlich Einkommensverbesserungen (+ 8,5 vH) erreicht, die den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt weit überschreiten.

### Ausblick

Die gegenwärtig partiell zu beobachtenden Expansionskräfte sind noch zu schwach, als daß die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitnehmer-einkommen in der zweiten Jahreshälfte 1967 günstiger als bisher eingeschätzt werden könnte. Da immer noch wenig Aussicht besteht, daß das reale Sozialprodukt sein Vorjahrsniveau erreicht, ist nachfragebedingt mit einem weiteren empfindlichen Rückgang der Lohn- und Gehaltssumme zu rechnen.

Vor allem wird sich die Nachfrage nach weiteren Arbeitskräften kurzfristig nicht nennenswert beleben. Es ist eher anzunehmen, daß die Zahl der ausländischen Gastarbeiter noch mehr reduziert und das inländische Arbeitskräftepotential weiter schrumpfen wird, wenn auch schwächer als bisher.

Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse bestätigen, daß der Einkommenskreislauf auch von der Seite der Individuallöhne immer noch eingeengt wird. Mit einer Zunahme der Einkommen je Beschäftigten ist im weiteren Verlauf des Jahres nicht mehr zu rechnen, obwohl die jährliche Zuwachsrate noch leicht positiv sein wird. Die früher beschlossenen Tarifierhöhungen werden im Jahresvergleich immer weniger wirksam. Aus den gegenwärtig laufenden Tarifverhandlungen wird offenbar, daß die Arbeitgeber versuchen, die auslaufenden Verträge ohne Lohnerhöhungen bis 1968 zu verlängern, während sich die Gewerkschaften darauf beschränken, über-tarifliche Zahlungen abzusichern. Nach der Ankündigung öffentlicher Körperschaften, das Weihnachtsgeld gegenüber der bisherigen Regelung zu kürzen, ist es wahrscheinlich, daß Jahresonderzuweisungen allgemein eingeschränkt werden. Ein hieraus resultierender weiterer Kaufkraftausfall für das Weihnachtsgeschäft scheint unvermeidlich.

Im dritten Quartal ist die Lohn- und Gehaltssumme verstärkt unter das vergleichbare Vorjahrsniveau gesunken. In der zweiten Jahreshälfte werden die Einkommen der Arbeitnehmer um knapp 3 vH unter dem Vorjahrsstand liegen.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Adenauerallee 170  
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg,  
Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler

Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—